

Stromtrassenbau Grüne fordern Blick über den Tellerrand

Ziel der Energiewende dürfe nicht gefährdet werden

[Peter Linkert](#)

Kreis Cloppenburg Der Kreisvorstand Cloppenburg der Grünen hat sich mit dem geplanten Ausbau der Stromtrassen in der Region befasst und dabei das Vorgehen der CDU-Kreisverbände Cloppenburg und Vechta scharf kritisiert, die „wechselseitig die Ausbaumaßnahmen im jeweils eigenen Landkreis ablehnen und auf den Nachbarn schieben“, so Vorstandsmitglied Stephan Christ. Während die Cloppenburger CDU eine mögliche Trassenführung entlang der A1 im Landkreis Vechta favorisiere, verweise die CDU Vechta auf Varianten durch den Landkreis Cloppenburg. Das, so die Grünen, sei reiner Populismus zur Beruhigung der eigenen Wähler und habe mit einer an der Sache orientierten Lösung nichts zu tun.

Bürgerinitiativen und Politiker im Landkreis Cloppenburg haben sich in den vergangenen Jahren teils vehement gegen die Planungen des Netzbetreibers Tennet gewehrt, weil sie eine Minderung der Lebensqualität und einen Wertverlust der betroffenen Flächen befürchten. Die Pläne sehen eine Starkstromtrasse von Conneforde bis Merzen durch Cloppenburger Kreisgebiet sowie mindestens eine Konverterstation vor, um den durch Windkraftanlagen im Norden Deutschlands produzierten Strom in den Süden zu transportieren.

Die Grünen unterstützen grundsätzlich die Bedenken der betroffenen Anlieger und fordern, dass diese durch strikte Einhaltung großzügiger Sicherheitsstandards und mögliche Erdverkabelung berücksichtigt werden. Alle Betroffenen hätten das Recht, sich mit ihren Sorgen und Bedenken Gehör zu verschaffen.

Auf der anderen Seite sehen die Grünen allerdings das wichtige Energiewende-Projekt erheblich in Gefahr, wenn das Beispiel der hiesigen CDU-Kreisverbände Schule machen sollte. Wenn alle nach dem „Sankt-Florian-Prinzip“ handeln und den schwarzen Peter „Stromtrasse“ beziehungsweise „Konverterstation“ von Gemeinde zu Gemeinde und von Kreis zu Kreis schieben würden, wäre das Klimaschutzziel einer Energiewende gefährdet.

Die Notwendigkeit der Energiewende sei mittlerweile gesellschaftlicher Konsens, um aus der Abhängigkeitsfalle von Atomkraft, Öl und Kohle zu entkommen, so die Grünen. Dabei dürfe man aber nicht die Augen verschließen vor dem notwendigen Ausbau der Stromnetze. „Wer A sagt, muss auch B sagen“, zitieren sie ihren unlängst verstorbenen Kreistagsabgeordneten Josef Dobelmann.

Die Grünen fordern alle Beteiligten auf, sich konstruktiv an Lösungsansätzen zu beteiligen, anstatt immer nur bis zum eigenen Tellerrand zu schauen, damit dieses gesamtgesellschaftliche Projekt aufgrund von Streitigkeiten in unserer Region nicht noch weiter ins Stocken gerät.